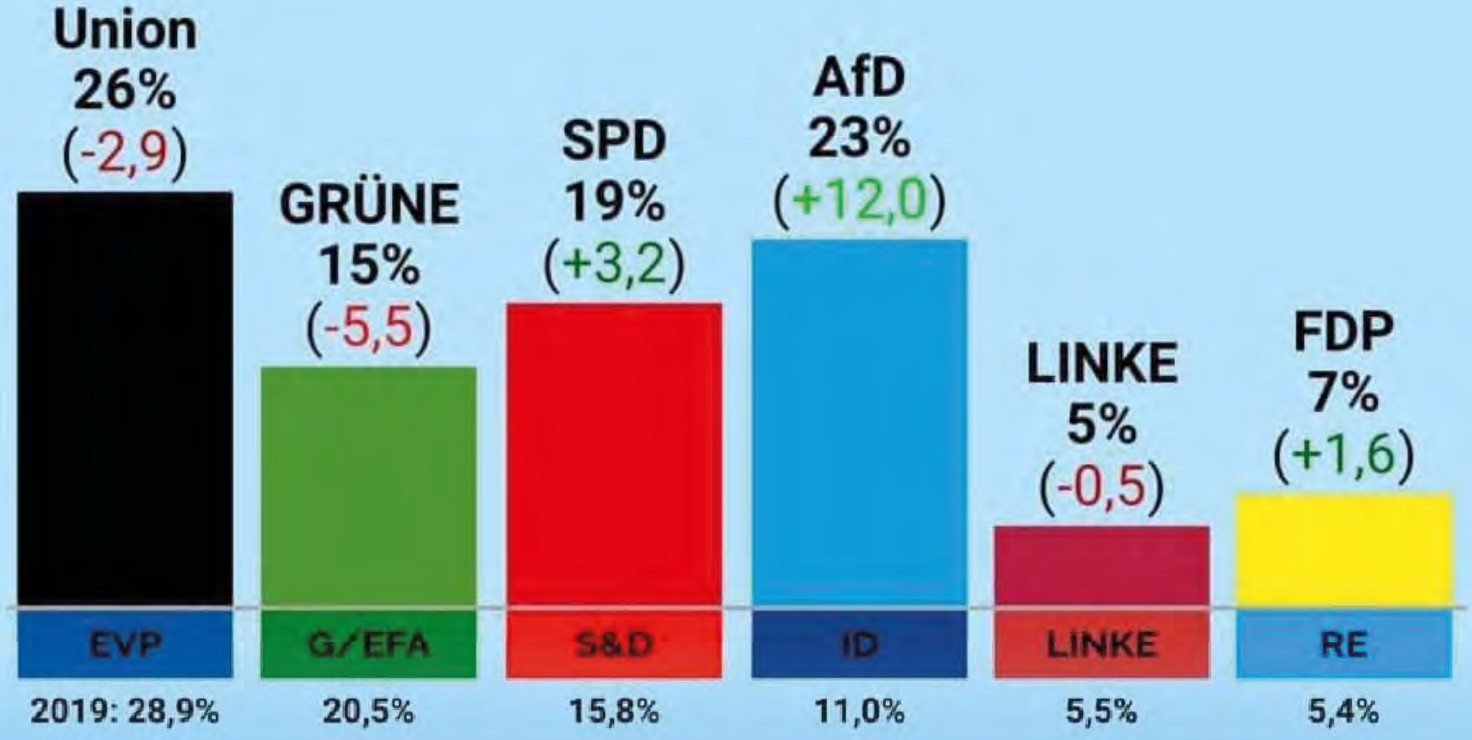
210 Jahre Schlacht bei Großbeeren

NEUER ZEITGEIST

TREND



AfD im Höhenflug

Editorial

Lieber Leser,

täglich steigert sich das Erstaunen der Kartellparteien ob der Höhenflüge der AfD in den Umfragen der demoskopischen Institute.
Doch was hat man erwartet?
Glaubte man wirklich mit „Weiter so!“ und Verunglimpfung der einzigen politischen Alternative langfristig Erfolg zu haben?

In der Bezirksgeschäftsstelle fanden sich kürzlich an zwei Abenden unabhänig von einander zwei Gruppen von Jugendlichen ein, die gesehen hatten, daß bei der AfD noch was los ist.
Zunächst war das Anliegen der acht etwa Sechzehnjährigen nicht klar. Wollten sie Ärger machen?
„Ihr seid doch von der AfD, Ihr wollt doch, daß es nicht immer so weitergeht?“
„So weitergeht? Was denn?“, fragte ich.
„Na, wir beide sind die letzten Deutschen in unserer Klasse. Wir werden ständig angemacht. Die Normalen sind die Ausländer. Das kann doch so nicht weitergehen.“
Auf dem Stehtisch vor der Bezirksgeschäftsstelle bekamen die Jungs Cola- und Fantaflaschen ausgegeben. Eine Viertelstunde unterhielten wir uns und die Gruppe fand nach dem Gespräch die AfD noch besser als vorher.
Eine zweite Begegnung mit zwei Abiturienten führte zu längern Gesprächen über Politik und die gesellschaftlichen Veränderungen in Deutschland und Europa. Ein Deutscher und ein Ausländer mit orientalischen Wurzeln hörten lange zu und waren von unseren politischen Zielen und unserer Kritik beeindruckt. Einer der beiden, der Orientale, kam mehrfach zu weiteren Gesprächen während der Bürozeiten der Geschäftsstelle, derzeit mittwochs von 12.00 Uhr bis 17.00 Uhr!
Die Donnerstagsöffnung können wir derzeit nicht anbieten, unser Mitstreiter konnte den Termin nicht mehr regelmäßig wahrnehmen.

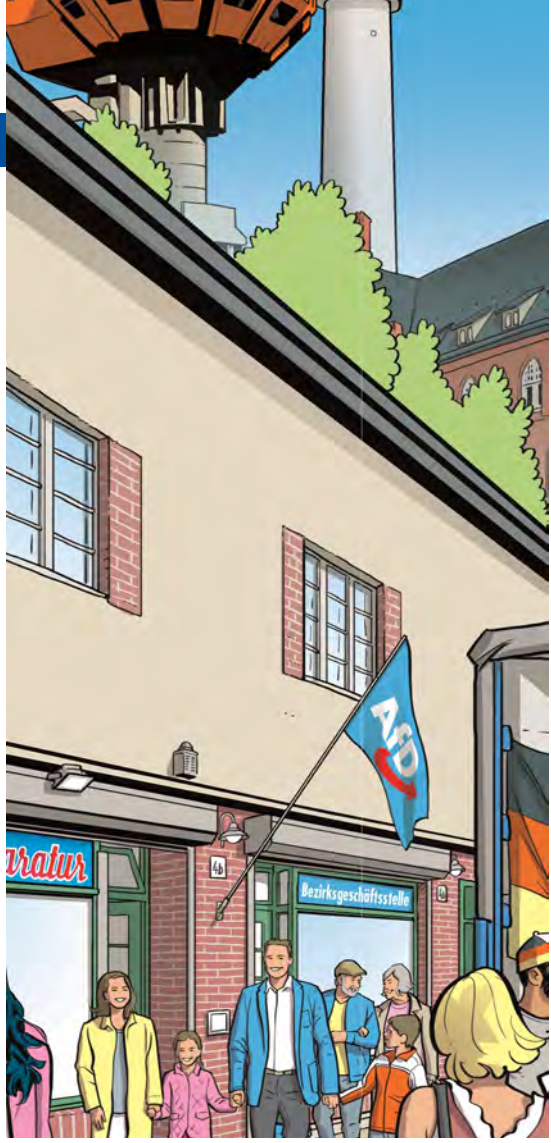
Falls Sie sich berufen fühlen, allein oder zu zweit Sprechtage übernehmen zu können, scheuen Sie sich nicht, uns anzusprechen. Sie werden überrascht sein, wie viele Bürger vorbeischauen, staunen, sich erkundigen und Info-Materital mitnehmen.
Gut, daß wir eine Bezirksgeschäftsstelle haben!

Ihre Beate Prömm

Grafik Cover: Europawahl am 9. Juli 2024, Sonntagsfrage vom 31. Juli 2023 , INSA für Bild, ohne „Sonstige“ (6 %)

Spenden für unsere Arbeit ...

Empfänger: Bezirksverband Steglitz-Zehlendorf
IBAN: DE44 1005 0000 0190 8684 90
BIC: BELADEBEXXX Bank: Berliner Sparkasse
Verwendungszweck: Spende AfD Berlin,
Vorname, Nachname, Straße/Hausnummer, PLZ/Ort



Inhalt

Seite 2 *Editorial/Impressum*
Beate Prömm
Seite 3 Titel
Protestwähler
Seite 4-5 Geschichte/Lokales
Schlacht von Großbeeren
Seite 5 Kino
Tom Cruise erobert die Kino-Hitliste
Seite 6 Politik
Autostadt Berlin
Seite 7 Filmempfehlung
Leichensache Zernik
Seite 8 Partei
Aufnahmeantrag

Impressum
Adresse: AfD Bezirksverband Steglitz-Zehendorf
Postfach 450109
12171 Berlin
Email: vorstand@afd-sz.de

Protestwähler

Angesichts der immer weiter steigenden Umfragewerte der AfD fragen sich Altparteien und Mainstreammedien zunehmend nach den Ursachen dieses Anstieges und danach, ob die Anhänger der AfD eher als Protestwähler oder aber als verfestigte Rechtswähler (gar als „Rechtsextremisten“ ?) anzusehen seien. Bei den Unionsparteien fragt man sich darüber hinaus, warum sich die Ablehnung der Ampelpolitik nicht in höheren Punktwerten für die eigene Partei niederschlägt?

Die Antworten auf diese Fragen sind ziemlich einfach, wenngleich die Fragesteller sie nicht wirklich hören wollen. Angesichts der durch die Klimapolitik der Ampelregierung drohenden Deindustrialisierung Deutschlands, Enteignung der Mittelschicht und drohender Verarmung großer Teile der Bevölkerung wenden sich immer mehr Bürger von den Vertretern dieser fatalen Politik ab. Da unter den sich selbst als „die demokratischen Parteien“ titulierenden Altparteien prinzipiell jede mit jeder koalieren kann und die sogenannte Opposition CDU in sechs Bundesländern einvernehmlich mit den Grünen koaliert, stellen auch die Unionsparteien keinen besonders glaubwürdigen Gegenpart zur Ampelkoalition dar.

Protest gegen diese Alternativlosigkeit der sogenannten „demokratischen Parteien“ kann sich eigentlich nur durch die Unterstützung der AfD Raum brechen. Letztlich sind die etablierten Parteien hieran selber schuld, weil sie sich nicht von ihrer verblendeten Politik zu lösen vermögen. Gäbe es heute noch patriotische Sozialdemokraten, nationale Liberale und konservative Christdemokraten, dann gäbe es weder die Ampelkoalition noch ihre Politik, Deutschland an die Wand zu fahren, noch das Glaubwürdigkeitsproblem der Unionsparteien. Dann gäbe es aber wohl auch nicht die Umfragewerte der AfD. Aber die Welt ist, wie sie ist.

Und so protestieren immer mehr Bürger gegen die Aufgabe unseres Nationalstaates, für eine Sicherung unserer Grenzen und einen Stop der Massenmigration. Sie protestieren gegen die religiöse Überhöhung des „Klimaschutzes“ und die Vernichtung des Industriestandortes Deutschland. Sie protestieren aber auch für den Erhalt der traditionellen Familie von Mann, Frau und Kindern und gegen Gendersprech und Frühsexualisierung. Letztlich wollen diese Menschen nichts anderes als die Bewahrung der Identität unseres Volkes und unseres Rechts auf Erhaltung unserer Art zu leben.

Solange sich andere Parteien hierauf nicht einlassen wollen oder können, werden aus Protestwählern im Laufe der Zeit sicher auch Stammwähler der AfD werden. Das liegt aber weniger an der AfD als an denen, die sich als „alle demokratischen Parteien“ betiteln.

Matthias Bath

Mit Gott für König und Vaterland

Der Befehl Napoleons vom 13. August 1813 war unmißverständlich: „... den Feind rasch zurückwerfen, Berlin einnehmen, die Einwohner entwaffnen, die Landwehr und die ganze Masse schlechter Truppen zerstreuen ... Sollte Berlin Widerstand leisten, so lassen Sie die Stadt durch Granaten in Brand schießen und suchen Sie die Stadtmauer durch schwere Feldgeschütze in Trümmer zu legen." Der Empfänger dieses Befehls, der französische Marschall Oudinot, stand im August 1813 mit 68.000 Mann südlich von Berlin. Nach Ablauf des Waffenstillstandes am 10. August hätte eine schnelle Einnahme der Hauptstadt Preußens bereits zu Beginn des Herbstfeldzuges 1813 eine Schlachtentscheidung zugunsten der Franzosen gebracht. Die einzelnen Korps von Oudinots Berlinarmee sammelten sich bis zum 18. August bei Baruth.

Ihnen stand vor Berlin als Teil der antinapoleonischen, alliierten Nordarmee unter dem schwedischen Kronprinzen Karl Johann das III. Preußische Armeekorps mit etwa 41.000 Mann unter dem Generalleutnant von Bülow gegenüber. Etwa die Hälfte der preußischen Truppen bestand aus schlecht ausgebildeten und ausgerüsteten Landwehreinheiten. In den frühen Morgenstunden des 22. August tagte der Kriegsrat der Nordarmee in Philippsthal bei Saarmund. Angesichts der heranrückenden Franzosen teilte der schwedische Kronprinz den anwesenden Generälen seinen Entschluß mit, sich über die Brücken bei Moabit zwischen Berlin und Charlottenburg hinter die Spree zurückzuziehen. Berlin sollte wenn nötig aufgegeben werden. In der Runde des Kriegsrates saß als einziger Preuße der General von Bülow. Er reagierte empört und wollte die preußische Hauptstadt auf jeden Fall retten. Nach langer heftiger Diskussion gelang es ihm, den Kronprinzen umzustimmen.

Dessen Befehl vom 22. August, gegen 9.30 Uhr gegeben, ordnete die Bereitstellung der Armee zur Schlacht an, wobei der linke Flügel des Bülowschen Korps bei Heinersdorf südöstlich von Teltow stand. Am Abend des 22. August besetzte eine preußische Kampfgruppe aus drei Bataillonen mit vier Kanonen das Dorf Großbeeren, durch das die Landstraße von Süden in Richtung Berlin führte.

Am Vormittag des 23. August ging das Korps des französischen Generals Reynier auf Großbeeren vor.

Schlacht vor der Haustür

Eine zu diesem Korps gehörende sächsische Division nahm das Dorf im Kampf gegen die vergleichsweise schwachen preußischen Kräfte ein. Reynier hielt damit seine Aufgabe für gelöst und ging mit seinen Truppen westlich und südlich Großbeerens ins Biwak.

Nördlich von Großbeeren standen zu diesem Zeitpunkt die Truppen des III. preußischen Korps. Kurz entschlossen und für den Gegner überraschend ließ von

O.li.:
beer

Bülow nunmehr seine Truppen bei strömenden Regen auf Großbeeren vorrücken. Die Franzosen wurden erst auf den preußischen Anmarsch aufmerksam, als sich die preußische Artillerie auf den alles beherrschenden Windmühlenhügel bei Großbeeren eingeschossen hatten. Dann erhielten die preußischen Infanteriebataillone den Befehl zum Angriff. Unter klingendem Spiel gingen sie angesichts des Wetters mit gefälltem Bajonett vor, nahmen Großbeeren erneut ein und drängten die sächsischen und französischen Truppen in das südlich Großbeerens gelegene Waldgelände ab. Gerade die von Napoleon nicht ernstgenommenen Landwehrtruppen hatten sich in diesen Gefechten hervor getan.

Mit diesem ersten Sieg der antinapoleonischen Allianz im Herbstfeldzug 1813 war Berlin gerettet, und der französische Plan einer Offensive nach Norden gescheitert. Die französische Berlinarmee zog sich nach Süden zurück, wo sie nach einer weiteren Niederlage bei Dennewitz am 4. September 1813 im Oktober 1813

in die allgemeine französische Niederlage in der Völkerschlacht von Leipzig einbezogen wurde.

In Großbeeren findet auch zum 210. Jahrestag der Schlacht das gewohnte Siegesfest vom 25. bis 27. August 2023 statt, dessen Höhepunkt sicher die Gefechtsnachstellung am Nachmittag des 26. August sein wird. Interessenten finden weitere Einzelheiten unter www.grossbeeren. de.

Matthias Bath

: Gemälde der Schlacht von Carl Röchling, o.r.: Spitze des Denkmals in Großen, u.: Schlachtplan: Schweden, Bülow und Tauentzien gegen die Franzosen

Tom Cruise erobert Kino-Hitliste

Mission: Impossible – „Dead Reckoning Teil Eins“ ist mittlerweile die 7. Folge dieser Reihe und entwickelt sich zu einer Art Variante der britischen James-Bond-Reihe. Die gute Nachricht gleich voran. Die ukrainische Nervensäge Wolodymyr Selenskyj werden sie wohl nicht im Kino sehen, weil das russische U-Boot, das Terroristen in die Luft sprengen, den Namen Sewastopol trägt und diese Stadt liegt auf der Krim, die die Ukraine ja für sich beansprucht. Der Film startet am 13. Juli 2023 in den deutschen Kinos. Ethan Hunt (Tom Cruise) soll und muß als super geheimer Geheimagent (wie sein britisches Pendant James Bond) die Welt retten. In Holland wird der IMF-Agent Ethan Hunt von dem zwielichtigen CIA-Direktor Eugene Kittridge beauftragt, die abtrünnige MI6-Agentin Ilsa Faust ausfindig zu machen und ihr einen Schlüssel abzujagen und diesen Kittridge zu überbringen. Es geht um künstliche Intelligenz und Hunt hat alle Hände voll damit zu tun, sich den konkurrierenden internationalen Geheimdiensten zu erwehren, die alle auf der Jagd nach dem Schlüssel sind, der die Weltherrschaft (was sonst) verspricht. Gedreht wurde in Norwegen, der Schweiz, Polen sowie England und die Zahl der atemberaubend hübschen Mädels, die selbstverständlich alle Ethan Hunt anhimmeln, ist sehr beachtlich. Zwar hat der Streifen mit einer Spieldauer von ca. 2 ½ Stunden Überlänge, aber die dicht gedrängte Handlung läßt keine Langeweile aufkommen. Mit der künstlichen Intelligenz ist es auch gelungen, einen unkonventionellen Bösewicht zu schaffen. Die hohen Besucherzahlen in den ersten Wochen nach dem Kinostart deuten auf einen kommerziellen Erfolg hin. Der Titel „Dead Reckoning Teil Eins“ weist bereits jetzt auf die Fortsetzung hin, die der achte Teil in der Reihe „Mission: Impossible“ wäre.

Klaus Gröbig

Autostadt Berlin

Vor etwa einem halben Jahr konnten die Berliner die Pseudowahl des Vorjahres nach einem Urteil des Landesverfassungsgerichtshofs korrigieren. Vornehmlich die CDU profitierte. Am 12. Februar 2023 erhielt sie noch 28,2 % der abgegebenen Stimmen.

Am 26. März 2023 erhielten die Klimaextremisten eine deutliche Klatsche. 442.028 votierten dafür, die Stadt bis 2030 „klimaneutral“ zu machen. Die Hoffnung der ca. 1,3 Millionen Autofahrer in Berlin auf eine weniger autofahrerfeindliche Politik löst sich in Luft auf. Nun wollen nur noch 24,5 % ihr Kreuz bei der Union machen. Die Bilanz von 100 Tagen schwarz-rotem Senat: CDU bleibt stärkste Kraft in Berlin, auch die SPD würde verlieren. Vom 18,394 % auf nur noch 16 % glatt. Die nun oppositionellen Grünen kämen von 18,391 % auf nunmehr 16,5 % und würden zweitstärkste Kraft werden. Großer Gewinner hingegen wäre die AfD, die sich nunmehr mit 16 % Stimmenanteil (nach 9,1 %) mit der SPD den dritten Platz teilen würde. Die FDP profitiert vom Exodus der Union jedoch nicht und würde sogar von ihren mageren 4,6 % noch einmal 6/10 % abgeben. Ist dieses Resultat dem Bundestrend geschuldet, der die AfD bundesweit bei der anstehenden Europawahl auf 23 % ansteigen ließ? Die Berliner CDU hat offenkundig einen nicht unwesentlichen Teil ihrer Wähler enttäuscht. Verkehrspolitisch setzt die von der CDU gestellte Verkehrssenatorin – mit einiger Zeitverzögerung – die Politik ihrer grünen Amtsvorgängerin fort. Auf dem Straßenland werden fast alle von Bettina Jarasch beabsichtigte Radwege gebaut, der tägliche Verkehrsstau ausgeweitet und der von Jarasch kurz vor ihrem Abgang gesperrte Autobahntunnel Schlangenbader Straße ist immer noch gesperrt. Glaubt die CDU ernsthaft eine Politik gegen 1,3 Millionen Berliner Autofahrer machen zu können, nur um von taz und

Links Jaras geht

Tagesspiegel gelobt zu werden? Allein in Steglitz-Zehlendorf gibt es einige Fahrradwege auf den Straßen, die aus Daffke neben schon bestehenden Radwegen neu auf dem Straßenland aufgemalt wurden. Die Potsdamer Chaussee, der Dahlemer Weg und Unter den Eichen stehen da als gute Beispiele da. Die 1,3 Millionen Autofahrer stellen sich die Frage, wann die CDU-Verkehrssenatorin auf diesen drei Straßen den Platz den Kraftfahrern zurück gibt. Gerade Unter den Eichen kommt es durch die aufgemalten Radwegen regelmäßig sogar außerhalb des Berufsverkehrs zu Staus. Zu allem Überfluß hat der Regierende Bürgermeister Kai Wegner unlängst seinen Parteivorsitzenden Friedrich Merz scharf angegriffen. Wegner hat eben nicht das Format eines Ole van Beust, der in Hamburg vor über 20 Jahren zumindest temporär mit einem „Bürgerblock“ eine echte Wende herbeiführte. Viele CDU-Wähler fragen sich, ob sie, wenn sie Union wählen, grüne Politik bekommen.

Felix Wolf

:: Autos ausgesperrt: Friedrichstraße im ch-Style, unten. Für viele Berufstätige ohne Auto in Berlin gar nichts

Filmempfehlung: Leichensache Zernik

Der DDR-Spielfilm von 1971/72 zeichnet vor dem Hintergrund eines spektakulären Kriminalfalls am Beispiel der Polizei die beginnende Spaltung Berlins im Sommer 1948 nach. Dabei schildert der Film zunächst aus der DDR-Perspektive, wie sich die Polizeidienststellen der Westsektoren schrittweise aus der Befehlsgewalt des kommunistisch beherrschten Polizeipräsidiums im Sowjetsektor lösen.

Vor diesem Hintergrund spielt der Kriminalfall des Serienmörders Erwin Retzmann, der alleinstehende Frauen auf Hamsterfahrten anspricht, in einsame Waldgebiete lockt und sie dort vergewaltigt, ermordet und die Leichen ausraubt. Schließlich räumt Retzmann auch noch die verwaisten Wohnungen seiner Opfer aus. Schon die Feststellung, daß es sich hier um die Taten eines einzelnen Serientäters handelt, wird durch das gegenseitige Hickhack der verschiedenen westlichen und östlichen Polizeidienststellen wesentlich erschwert. Mitten in den Ermittlungen zu dieser Mordserie wird in den Tagen zwischen dem 26. und 28. Juli 1948 auch noch das Polizeipräsidium selbst in Ost und West aufgespalten. Doch dann nimmt die nunmehr überwiegend im Ostsektor angesiedelte Handlung mit der Fahndung nach dem Mörder zunehmend an Fahrt auf.

Der Film lehnt sich an die tatsächlichen Taten des Frauenmörders Willi Kimmritz an, nach dem ab Frühjahr 1948 unter dem Kennwort „Aktion Roland“ eine der größten Fahndungsaktionen der noch jungen Nachkriegsgeschichte lief. Im Film wird das Gesicht des Täters bereits in den ersten Minuten gezeigt. Gleichwohl bleibt der Film (FSK 12) spannend und interessant. Denn in ihm geht es nicht primär um die Frage „Wer ist der Mörder?“, sondern vielmehr um die damalige Lage im viergeteilten Berlin und die daraus folgenden verwirrenden Umstände.

Herbert Hermann

Per Brief an AfD BV Steglitz-Zehlendorf, Postfach 450109,12171 Berlin, geht auch ohne Lastschrifeinzug. Wir laden Sie umgehend zum Aufnahmegespräch ein, bitte telefonische Erreichbarkeit und Emailadresse angeben, sofern vorhanden. Wir freuen uns auf Sie! Rückfragen: vorstand@afd-sz.de, Bürozeit: Mi. 12.00 -17.00 u. Do. 15.00-17.00 Uhr, Tel.: 030-209677551

Aufnahmeantrag für Neumitglieder

www.afd.de/aufnahmeantrag

Ich beantrage die Aufnahme als Mitglied in die Alternative für Deutschland (AfD).

Ich erkenne die politischen Grundsätze und die Satzung der Partei an (*www.afd.de/satzung*). Zu den politischen Grundsätzen der Partei zählen insbesondere das Bekenntnis zum freiheitlichen, demokratischen und sozialen Rechtsstaat sowie die Bejahung der Grundrechte (*www.afd.de/grundsatzprogramm*). Für die Aufnahme in die AfD sind die Regelungen der Bundessatzung maßgebend.

Akad. Titel: ______ ◯ m ◯ w Nachname: ______

Vorname: ______ geboren am: ______

Straße, Nr.: ______ PLZ, Wohnort: ______

Staat: ______ Staatsangehörigkeit: ______

Bundesland: ______ Kreis/Bezirk: ______

Telefon: ______ Mobil: ______

E-Mail: ______ Beruf/Tätigkeit*: ______

Haben Sie schon einmal einen Aufnahmeantrag gestellt? ◯ Ja, im Landesverband ______ ◯ Nein

Frühere und gegenwärtige Mitgliedschaften in Parteien und sonstigen politischen Gruppierungen

Bitte nennen Sie alle Mitgliedschaften in einer Partei und/oder einer sonstigen politischen Gruppierung inkl. Ein- und Austrittsdaten:

______

Hinweis: Personen, die Mitglied einer extremistischen Organisation sind, können nicht Mitglied der AfD sein. Als extremistisch gelten insbesondere solche Organisationen, welche in einer vom Bundesvorstand beschlossenen Unvereinbarkeitsliste aufgeführt sind (*www.afd.de/unvereinbar*). Mit meiner Unterschrift bestätige ich, die Unvereinbarkeitsliste zur Kenntnis genommen zu haben.

Mitgliedsbeitrag

Der Mindestmitgliedsbeitrag beträgt 120 Euro pro Kalenderjahr. In besonderen sozialen Härtefällen kann eine Reduzierung des Mindestmitgliedsbeitrages beantragt und vom zuständigen Kreisvorsitzenden sowie Kreisschatzmeister bewilligt werden. Die Partei empfiehlt ihren Mitgliedern, den tatsächlichen Mitgliedsbeitrag den eigenen Einkommensverhältnissen entsprechend höher als den Mindestbeitrag anzusetzen (Richtwert für den Monatsbeitrag: 1 % des monatlichen Nettoeinkommens).

Ich zahle einen Jahresbeitrag von ______ EUR. Als (freiwillige) Aufnahmespende zahle ich ______ EUR.

Ich wähle die folgende Zahlungsweise: ◯ jährlich ◯ vierteljährlich (ab 30 EUR/Quartal) ◯ monatlich (ab 10 EUR/Monat)

Hinweis: Zuwendungen an Parteien (Spenden und Mitgliedsbeiträge) sind steuerlich begünstigt (§ 34g EStG).

Bitte senden Sie Ihren Antrag entweder an die für Sie zuständige Landesgeschäftsstelle (*www.afd.de/partei/landesverbaende*) oder an die Bundesgeschäftsstelle, Schillstr. 9, 10785 Berlin (E-Mail: mitglieder@afd.de). Vor der Aufnahmeentscheidung wird vom aufnehmenden Verband ein persönliches Gespräch mit Ihnen geführt, bei dem die Beteiligten anwesend sein müssen. Über die Aufnahme entscheidet der Vorstand des Kreisverbands, in dem Sie Ihren Hauptwohnsitz haben (in den Landesverbänden Berlin und Hamburg stehen Bezirks- anstelle der Kreisverbände); die Landessatzungen können die zuständige Gliederungsebene abweichend regeln. Stimmt der Vorstand des für Sie zuständigen Gebietsverbands dem Aufnahmeantrag zu, teilt er dies den übergeordneten Gebietsverbänden und der Bundespartei mit. Diese können binnen eines Monats der Aufnahme widersprechen. Ist nach Ablauf eines Monats bei der Bundesgeschäftsstelle kein Widerspruch eingegangen, wird Ihnen sowie dem aufnehmenden Gebietsverband die Aufnahme bestätigt. Die Mitgliedschaft beginnt unabhängig vom tatsächlichen Zugang der Annahmeerklärung am fünften auf die Versendung der Annahmeerklärung folgenden Tag.

Ich versichere, dass alle von mir gemachten Angaben wahrheitsgemäß und vollständig sind.

Ort, Datum: ______ Unterschrift Antragsteller/in: ______

SEPA-Lastschriftmandat*

Ich ermächtige die Alternative für Deutschland (AfD), die zu entrichtenden Beiträge und ggfs. die einmalige Aufnahmespende von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Bankinstitut an, die von der AfD auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Bankinstitut vereinbarten Bedingungen. (Gläubiger-ID und Mandatsreferenz werden separat mitgeteilt)

Kontoinhaber: ______ Bankinstitut: ______

Straße, Nr.: ______ IBAN: ______

PLZ, Wohnort: ______ BIC: ______

Ort, Datum: ______ Unterschrift: ______

Ihre hier angegebenen Daten werden zum Zwecke der Parteiarbeit erhoben, verwaltet und verwendet – weshalb keine Einwilligungserklärung erforderlich ist. Unsere Datenschutzhinweise finden Sie unter *www.afd.de/datenschutz-mitglieder*. Auf Anfrage erhalten Sie ein gedrucktes Exemplar.

Stand: 19.06.2022 (*freiwillige Angabe)

– Dieses Formular als PDF-Datei sowie unsere anderen Formulare finden Sie unter **www.afd.de/aufnahme** –